



**1. MAI
KAMPFTAG DER
ARBEITERKLASSE**

Im Betrieb und überall!

Im Betrieb und überall!

Gegen Regierung und Kapital!

Eine Ära geht zu Ende

Die Unterstützungskasse, in die Arbeiter einen Teil ihres Lohnes einzahlen, um bei Verlust des Arbeitsplatzes wenigstens eine Zeit lang ihr dürftiges Leben zu fristen, diese Kasse ist von der Regierung zur Aussperrungskasse für die Kapitalisten gemacht worden, per Gesetz.

Der Weg des „Ausgleichs“, der gemeinsamen Absprachen und Kaffeekränzchen zwischen Kapitalvertretern und Gewerkschaftsfunktionären ist aufgekündigt. Gekündigt vom Kapital.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Das Kapital ist nicht mehr darauf angewiesen, Sozialpartnerschaft zu pflegen, jetzt herrscht ein anderer Ton, jetzt wird diktiert. Das Kapital kann und will sich Kompromisse nicht mehr leisten, es will uns an den Kragen.

An Stelle des Betruges soll nun die Gewalt treten.

Klasse gegen Klasse

10 Millionen ehemalige „Sozialpartner“ leben in Armut, 6 Millionen Menschen leben am Existenzminimum des Sozialhilfesatzes, berichtet die Arbeiterwohlfahrt. Jeder 10. Einwohner dieser 60-Millionen-Republik muß mit 12,86 DM pro Tag (einschließlich Miete usw.!) über die Runden kommen. Das Kapital verweigert sieben Millionen die Arbeit. Für sieben Millionen steht bei jedem kommenden Tag die Frage so: Werden wir soviel zu essen haben, daß wir satt werden? Werden wir es warm haben, oder in der Kälte erfrieren, so

wie diesen Winter 1500 in einem Monat in England? Werden wir auf der Straße nächtigen müssen oder ein Dach über dem Kopf haben? Werden unsere Kinder arbeitslos und ohne Ausbildung an der Ecke stehen?

Ja, das Kapital ist gnadenlos. Millionen und Abermillionen Arbeitsstunden in den Betrieben vergrößern Tag für Tag das Elend der Arbeiter und vergrößern den Reichtum einiger weniger. Dieses Land wird nicht wohnlicher und reicher durch unserer Hände Arbeit, sondern ärmer. Innerhalb dreier Jahre sind die Sozialkassen um 250 Milliarden DM geplündert worden. Wo ist das Geld darin geblieben?

Die Panzerbarone, Kanonenkönige, Munitionsfabrikanten, die Rüstungsmagnaten haben es in ihren Taschen. Sie führen einen schonungslosen Kampf gegen uns, ungeschminkt – mit offenem Visier.

Diejenigen, die besitzen gegen diejenigen, die arbeiten, Bourgeois gegen Arbeiter, Klasse gegen Klasse.

Milliarden des Volkseinkommens für den Krieg, für die Rüstung. Die Arbeit des Arbeiters nicht dem Frieden, sondern der Vorbereitung des Krieges – des dritten.

Die Sozialkassen geplündert für den gleichen Zweck, für Panzer, Kanonen, Bomben, Granaten und Fregatten für die Wehrmacht – die Bundeswehr.

Deutsche Wertarbeit, die uns hierzuland wie den Arbeiter anderer Länder in weiteres Elend, in weitere Not stürzt. Krupp, Siemens, Daimler, MBB und die Banken sind überall dort anzutreffen, wo mit Ausbeutung, Unterdrückung und

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Not ganze Völker zu Profitquellen unserer Herren unterjocht sind. Sie findet man immer an der Seite des Aggressors – so wie jetzt in Libyen –, sofern der Völkermord für sie Sicherung oder Vergrößerung ihrer Profitquellen in Aussicht stellt. Die Reichen unseres Landes können nur leben und überleben auf Kosten des eigenen Volkes und der Völker der Welt. Weil dem so ist, werden sie dem Arbeiter, werden die Kapitalisten uns nehmen, was zu nehmen ist – sei es unser Leben.

Sie pfeifen auf die Hülle ihrer Herrschaft. Die demokratischen Grundrechte sind dem Kapital im Weg. Dem Verfassungsschutz, MAD etc. unterstellt man die Länderpolizei. Jeder kleine Beamte erhält polizeiliche Gewalt, geschaffen im Hau-Ruck-Verfahren, als Ermächtigungsgesetz gegen das bürgerlich-demokratische Recht. Aus Sicherheit für das Kapital, gegen die Arbeiter.

Die Bourgeoisie raubt uns die Sozialkassen, das Geld für unsere ärmliche Existenz, genauso wie sie unsere Kasse genommen hat, die wir angelegt haben für den Kampf gegen sie: bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Darum ist der § 116 zum Nachteil der Arbeiter geändert worden. Eine Reserve der Streikkasse in Händen des Staates? Eines Staates, der nichts anderes ist als die gewaltsame Organisation der Fabrikbesitzer gegen das Volk.

Ein Kampf ums Streikrecht?

Oh ja, wir Arbeiter haben gekämpft. Wofür haben die Kollegen den Kampf geführt? Dafür, daß die Zahlung von Kurzarbeitergeld weiterhin bei Aussperrung vom Staat geleistet wird. Ein Kampf, der, gewonnen, bestenfalls die Neutralität der Sozialkassen in diesem einen Fall gesichert hätte.

Die Führung der IG Metall, Mayr und Steinkühler, haben immer beschwörend verlangt: „Unser Streikrecht muß erhalten bleiben“. So sagten und schrieben sie den Vertrauensleuten und Betriebsräten. Bitten und betteln oder Kampf, so stand die Frage auf gar mancher Gewerkschaftsversammlung. Die Kollegen in den Betrieben haben es weit aus besser verstanden, den politischen Charakter dieser Auseinandersetzung mit der Kohl'schen Regierung auf den Punkt zu bringen. Denn der Arbeiter weiß, daß sein Mittel, Forderungen durchzusetzen, der Streik ist!

Nun will diese Regierung, der Ausschuß des Kapitals, uns Arbeitern das Kriechen lehren? Angesichts der zu erwartenden immer wieder entstehenden Auseinandersetzungen und Kämpfe will das Kapital, wollen die Konzerne, daß der Arbeiter auf dem Bauch vor ihnen in den Betrieb schleicht. Mit den zu erwartenden finanziellen Nöten soll durch die Nichtzahlung unsere Klassensolidarität gebrochen werden. Soll Anbeginn des vollkommenen Unterordnens unter den Fabrikbesitzer sein. Das ist Sinn und Zweck der Änderung des § 116.

Aber es gibt unumstößliche Wahrheiten:

Solange es Unterdrückung gibt, solange gibt es auch Widerstand und Kampf dagegen. Da nutzen die besten Arbeiterknebelungsgesetze recht wenig; auch wenn das bürgerliche Recht uns verwehrt zu streiken, wird der Arbeiter sich dieses Recht nehmen müssen.

Das Maß war schon lange voll.

1,3 Millionen absolut veramerter Menschen zählt man in dieser Republik. Über 250 Gesetze seit Oktober 1982 geändert, gegen uns. Weitere Maßnahmen geplant, Besteuerung von diesem und jenem unseres mageren Verdienstes. Erschwerniszulagen, Schichtzuschläge, Sonn- und Feiertagszuschläge – weg damit, tönt das Kapital. Und nicht zuletzt die Betriebsverfassung. Abschaffen, abschaffen, absch...,

tönt's aus Bonn, wie es der Stoiber schon '79 verlangte in seinem Papier.

Dann der Griff in die Arbeitslosenversicherung, kein Geld mehr, wenn ihr es wagt...

Da haben es die Arbeiter gewagt. Das Faß ist übergelaufen.

Nein – nicht zu Kreuze kriechen, kämpfen!

Zu Hunderttausenden in allen großen Städten und auf dem Land hat man es gesehen, das Blau. Zu Hunderttausenden in den Betrieben hat man es gemerkt: der Arbeiter streikt. Er streikt, indem er sich gegen Teile der eigenen Führung durchsetzt, im Dezember '85. Den Kampf gegen uns hat das Kapital auf die Tagesordnung gestellt, sagt der Arbeiter. Wie dem begegnet wird, zeigt der Arbeiter – mit Streik!

Und wieder flattern rote Fahnen vor den Betriebstoren im Februar, wieder verlassen Kollegen die Betriebe, trotz ange drohter Kündigungen und Verweise. Die Solidarität ist eben größer als Kapitalistengeschwätz. „Wir waren überrascht von den Aktivitäten der Basis“ – so und ähnlich klingt's vom Vorstand. Ob so manch ein Gewerkschafter überhaupt weiß, was die Kollegen in Fabriken und Büros denken, wo der Schuh drückt? Und dann im März. Weiter über die Million an Zahl, während der Arbeitszeit raus aus den Betrieben, rauf auf Straßen und Plätze. Heute kriegt ihr nicht unsere Arbeitskraft.

Wessen Gesetz wird eigentlich gemacht?

„Wenn dieses Gesetz durchkommt“, gemeint ist die Änderung des § 116 AFG, „die parlamentarischen Hürden, die Abstimmungen passiert hat, bleibt nichts anderes als das zu akzeptieren.“ So und ähnlich hörten wir es auf den vielen gewerkschaftlichen Konferenzen und Versammlungen. „Dann haben wir kein anderes Mittel als mit der Wahl dieses Gesetz wieder zu ändern“, wird immerzu eindringlich dargestellt.

Wir haben kein anderes Mittel als die Wahlen?

Und was haben wir Arbeiter seit Dezember in den Metallbetrieben getan, damit die Kasse zu unserer Verfügung bleibt – etwa gewählt? Ja, wir haben gewählt, zwar nicht mit Stimmzettel und Kreuzchen. Mit dem einzigen, was die Arbeiter haben, ist gewählt worden: Streiken oder nicht streiken.

Die Abstimmungen nun im Bundestag und -rat als letzten demokratischen Akt hinstellen zu wollen, weil angeblich nicht anders zu ändern, das ist nichts anderes als dem Kampf im Betrieb die Spitze abzuberechnen. Wenn das so ist, dann gilt jedes Gesetz, das die Herrschenden über den Arbeiter gestellt haben, bis in alle Ewigkeit.

Können wir an einem Gesetz, das die Bourgeoisie gegen uns macht, wirklich nichts mehr ändern?

Dabei wissen wir doch ganz genau, wie es um diesen Staat bestellt ist. Wird in diesem Land irgendetwas entschieden, was nicht im Interesse oder Besitz einer Klasse ist?

Wie war das mit der Gesetzesinitiative des Bundesarbeitsministers, um den § 116 zu dem zu machen, was das Kapital von ihm verlangte, ein Knebelungsgesetz für den streikenden und kämpfenden Arbeiter? Dazu mußte die Regierung ran, dazu muß sie ran, wenn es um die Sicherheit geht. Die Sicherheit des Kapitals, vor dem Volk sicher zu sein! Ist es also eine Mehrheit, die gegen die Arbeiter, gegen das Volk Gesetze erläßt? Es ist die Minderheit, die über die Arbeiter dieses Landes zu Gericht gesessen hat.

Diese Minderheit heißt Regierung und hat einen Namen: den Namen der Partei der Reichen.

Die CDU ist nicht die Mehrheit in diesem Land. Sie ist die Partei einer ganz kleinen radikalen Minderheit. Einer Minderheit unter zehntausend, denen die Produktionsmittel, die Maschinen und Fabriken gehören. Und es setzt sich der durch im Staat, der die Macht hat, dadurch daß er Besitzer der (oder seine Klasse) ist.

Die Fabriken gehören nicht denen, die schufteten und malochten, gehören nicht dem Arbeiter. Aber dennoch:

Wir, die Arbeiter, das Proletariat, wir sind eine Macht, die den Willen der Mehrheit durchsetzen kann. Und wir haben die Möglichkeit, auch im Kapitalismus Arbeitergesetze zu machen. Wie?

Da gibt's nur eines: Stillstand der Maschinen, den Kampf im Betrieb.

Der Kampf geht weiter

Die Aktionen müssen weitergehen, der Protest wird weitergeführt, sagt Hans Mayr noch nach dem 6. März. Doch was dann kommt ist die Umfrage des DGB.

Wenn das Mittel des Streiks nicht in Anwendung gebracht werden soll – bleibt nichts anderes als die Abstimmung. Die Umfrage wird möglich, weil die Arbeiter noch nicht die organisatorische und politische Einsicht besitzen, ihre Mittel, die sie als Klasse haben, den Streik, weiter anzuwenden.

Der Arbeiter ist gegen die Änderung des Paragraphen, ist gegen die Regierung, und das Volk ist es auch.

Das haben die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute längst gezeigt.

Das weiß der Kohl, der Blüm und die gesamte Kapitalistenklasse. Und was passiert mit der Umfrage im Betrieb? Das Kapital errichtet sofort eine weitere Kampffront.

Auf unsere Arbeitskraft wollen die Herren Kapitalisten nicht verzichten, das bringt den Profit. Aber unseren Kopf – den wollen die nicht, der soll gefälligst draußen bleiben. Vor dem Fabriktor. Wie mit der Guillotine: Kopf ab und rein, das hätten die gerne. Die Meinung, bürgerliche Demokratie wird verboten im Betrieb von den Fabrikanten. Und wiederum entbrennt ein Kampf, Klasse gegen Klasse. Nicht nur der in den Gewerkschaften organisierte Teil der Arbeiter ist betroffen, alle sind es.

Produktionsmittelbesitzer contra Recht auf Meinungsfreiheit, das ist die Frage. Das Recht des Eigentümers gegen das Recht des Arbeiters. Derjenige, der solch eine Auseinandersetzung anzettelt, in diesem Fall die Gewerkschaftsführung, der muß auch zusehen, daß dieser demokratische Kampf von den Arbeitern gewonnen wird. Es steht viel auf dem Spiel. Schon morgen vielleicht gefällt dem Kapital die Gewerkschaftspresse nicht, und es verbietet auch die. Was dann?

Lassen sich die Gewerkschaften genauso vor die Betriebe jagen wie bei der Abstimmung? Oder bestehen wir Arbeiter darauf, eine Meinung zu haben und stimmen dort ab, wo wir acht Stunden am Tag sind?

Was sollen denn die Kapitalisten schon dagegen machen können? Ihre Büttel, die Polizei gegen die Arbeiter in den Betrieb holen, das können sie. Die ganze Arbeit machen, das können sie nicht!

Erneuter Klassenkampf, aus dem der Arbeiter sich nicht hinausmogeln kann. Zwei Klassen – die eine arbeitet, die andere besitzt.

Heraus zum 1. Mai!

Mai-Veranstaltungen des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD

Augsburg

26. April, 20.00 Uhr, Gaststätte Anadolu, (Sulzerstraße 20)

Bremen

1. Mai, 19.00 Uhr, Bürgerhaus Oslebshausen (Am Nonnenberg). Es spielt: Der Rote Wecker.

Mainz

Gemeinsame Mai-Veranstaltung mit iranischen und türkischen Genossen.

1. Mai, 15.00 Uhr, Mainz, Neustadtzentrum (Goethestraße 7, Ecke Barbarossaring)

München

1. Mai, 14.00 Uhr, in der Gaststätte „Schlachthof“ (Zenettistr. 9). Es spricht: Helge Sommerrock.

Nürnberg

1. Mai, 16.00 Uhr, Turnverein Jahn 1863 (Hummelsteiner Weg 56). Einlaß 15.00 Uhr. Es singt und spielt: Zündstoff.

Regensburg

1. Mai, 14.00 Uhr, Gaststätte „Eisenbahn“ (Margaretenstraße). Es singen die „Regensburger Rotspatzen“.

Ruhrgebiet

1. Mai, 17.30 Uhr, Gaststätte Saloniki, Herne (An der Kreuzkirche 5). Es spielt: Der Gegendruck.

Waldkraiburg

1. Mai, 14.30 Uhr, Gaststätte „Rübezahl“ (bei schönem Wetter im Garten).

Wir geben bekannt:

Aachen

Die Aachener Ortsgruppe des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD ruft auf zur Teilnahme an der Veranstaltung Aachener Gewerkschafter: Wir wollen nicht nur eine andere Politik und eine andere Regierung, sondern auch eine andere Republik!

1. Mai, 15.00 Uhr, Gaststätte Wartburg (Augusta-/Ecke Friedrichstraße).

Frankfurt

Einheitsfrontveranstaltung von „Gewerkschafter gegen Wallmann“. Sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Kollegen diskutieren.

30. April, 19.00 Uhr, Haus Gallus (Frankenallee 111).

Druck und Verlag: Das Freie Buch, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2

Und Ernst Breit fährt den ersten LKW mit Stimmzetteln zum Arbeitsministerium nach Bonn – ob das den Arbeitern reicht, vor allem denen, die gekämpft haben? Es ist kaum damit zu rechnen.

Vertrauen auf die eigene Kraft

Der Kampf um den §116 ist Klassenkampf. Das Kapital greift mit seiner Partei nicht nur einen Teil, den gewerkschaftlichen, der Arbeiter an, es zwingt sie alle in diese Auseinandersetzung. Der Arbeiter hat viel gelernt in diesem Kampf, über seine Gewerkschaften, über die Regierung und über das Kapital.

Es gibt nichts, was nicht klassenmäßig ist in diesem Staat. Das heißt, daß auch der Arbeiter seine klassenmäßigen Organe hat.

Der Arbeiter hat einen Gesetzgeber: den Kampf im Betrieb. Und der Arbeiter hat ein eigenes Gericht: die Organisation.

Die Organisation ist Garant dafür, die Kämpfe im Betrieb, den Streik, den Klassenkampf erfolgreich zu führen. Die Verluste dem Gegner! Gekämpft haben wir, und wer hat organisiert?

Die Arbeiter schließen sich zusammen, Bataillonen gleich. Die einzelnen Betriebe sind die Abteilungen. Sie verschmelzen zu einer Kampffront in einer Stadt, einer Region, im ganzen Land. Der gemeinsame Wille führt die Kampftschlossenheit, Diszipliniiertheit und Solidarität der Arbeiter gegen das Kapital ins Feld. Die Streikführer leiten die Kämpfenden – wer leitet die Klasse?

Wo ist die Partei der Arbeiter, die den Kämpfen die Stoßrichtung gibt, die den politischen Kampf anleitet und führt?

„Die Kommunistische Partei kennt kein Parteiinteresse, das neben dem Klasseninteresse des Arbeiters steht. Ihre

Parteilpolitik ist die Politik der Arbeiterklasse.“ (Ernst Thälmann)

Wo ist die Partei, für die das heute zutrifft?

Die Arbeiter haben nicht genug organisierende Kraft gehabt, den Kampf gegen die Regierung und gegen das Kapital fortzuführen. So steht es.

Wir Kommunisten des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD kämpfen um die Wiederherstellung der Führung unserer Klasse. Wir kämpfen um die Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei. Die Partei, die von dem Arbeiter Ernst Thälmann geführt wurde, dem Unvergessenen, den das Kapital durch die Faschisten ermorden ließ, der vor hundert Jahren geboren wurde, und dessen Leben und Kampf noch heute jedem Arbeiter beweist: Nur mit der organisierenden Kraft und einer konsequenten Politik, die gegen das Kapital gerichtet ist, hat der Prolet eine Chance, seine Zukunft selbst zu gestalten. Nur dann.

Es gibt nichts, was nicht klassenmäßig ist in diesem Staat.

Das Gericht der anderen, die Justiz, die Polizei: Gewaltenapparat der Bank-, Fabrik- und Grubenbesitzer. Die Regierung: Ausschuß der gleichen Eigentümer mit dem Auftrag, sie – die Bourgeoisie – bedingungslos vor dem Arbeiter, vor dem Volk zu schützen.

Es muß fortgeführt werden: Der Widerstand im Volk – hergestellt durch die kämpfenden Arbeiter – hergestellt durch hunderttausendfachen Streik in den Betrieben gegen das Kapital – hergestellt mit hunderttausendfachem Protest auf den Straßen und Plätzen dieser Republik, gegen die Regierung.

Es hilft nichts. Dem Arbeiter bleibt keine andere Wahl als sich an die Spitze des Kampfes gegen Regierung und Kapital, gegen polizeiliche Willkür, staatliche Gewalt und gegen den Krieg zu stellen.

Im Betrieb und überall! Gegen Regierung und Kapital!

116 ncı Madde

1984 yılında sendikaların başlattığı haftalık iş saatlerinin kısaltılması mücadelesinde, Tabu yıkılıp 40 saatlik haftalık çalışma süresinin 38,5 saate inmesini işverenler içlerine sindiremediler. Bu çetin geçen kavgada işçi sınıfının karşısına, Kapitalist sınıfla onun emrindeki hükümet ve devletin kurumlarında çıkmış ve acımasızca işçiye saldırmışlardır.

Fakat sendikaların ve işçinin kararlı mücadelesi sonunda kârlı çıkan işçiler kaybeden işverenler olmuştur. Grevler, mitingler, yürüyüşler, lokavtlar, yarıllovaktlar işçinin bilinçlenmesinde büyük rol oynadı.

İşte işverenleri rahatsız eden mühim konulardan biride işçinin grev yolu ile bilinçlenmesi ve sınıf kavgasına yönelmesi idi.

İşverenler, işçinin, sınıf bilinçlenmesini durdurmak, onun mücadele gücünü ortadan kaldırmak, ayrıca rahatça daha fazla sömürü için satın aldıkları açıkça Flick olayı ile ortaya çıkan hükümete emirlerini verdiler: 116 ncı madde değişmeli ve öyle değişmeli ki, işçinin grev hakkı yalnız kağıt üzerinde kalsın.

Sendikaların ve işçilerin buna cevabi sert oldu. İş durduru-

arak 1.Mil. nun üzerinde işçi miting meydanlarını doldurarak geçişlikli protesto etti.

Buna rağmen satın alınmış hükümet sahip olduğu oy çöklüğü ile kanun değişikliğini meclisten geçirdi. Kavga burada bitmiş değildir, çünkü çıkarılan her kanun uygulanamaz, bu kanunda kağıt üzerinde kalmaya mahkumdur.

DGB, açmış olduğu ve bir yerde işçinin vetosu sayılan, Hükümetin yaptığı kanun değişikliğini kabul etmediğini, 7,5 Mil. evet oyu ile bir kere daha protesto etmiştir. Bu oylama aynı zamanda 7,5 Mil. işçiyi bir araya getirmiş, bütünleştirmiş ve kapitalistlere karşı tambir birliği sağlamıştır. İşçiler olarak, en büyük gücümüz birliğimizdir. Grevlerde, yürüyüşlerde, mitinglerde, hangi miletten olursak olalım hep birlikte birbirimize kenetlenerek, sendikaların mücadele çağrısına duraksamadan cevap verirsek, yalnız grev hakkımızı muhafaza etmiş olmuyoruz, aynı zamanda demokrasiyi koruyarak, kapitalistlerin faşizme geçmesini önlemekle, savaş tehlikesini azaltmış oluyoruz.

Grev hakkının olmaması, kapitalistlerin dikensiz gül bahçesine sahip olmaları demektir. Savaşa karşı olan işçiler, barış içinde yaşamak için grev haklarını sonuna kadar muhafaza etmek zorundadırlar. Bölünmeden hep birlikte, önümüzdeki çetin mücadele günlerine hazır olalım.